



Vierteljähriger Abonnementsspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb inkl. Porto 2 Thlr. 11½ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünfseitigen Seite in Petitformat 1½ Sgr.

Nr. 470. Mittag-Ausgabe.

Vierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 8. Oktober 1863.

Preußen.

Berlin, 7. Okt. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allernächst geruht, den nachbenannten Militärs Orden zu verleihen, und zwar: den rothen Adler-Orden erster Klasse: dem königlich bayerischen General-Lieutenant Ritter von Hartmann, General-Commandanten von Würzburg; — den rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit dem Stern: dem Königlich württembergischen General-Major Freiherrn von Rüpplin, Commandanten der 3. Infanterie-Brigade; — den königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse: dem königlich bayerischen Obersten von Welsch, Commandanten des 6. Infanterie-Regiments König Wilhelm I. von Preußen; — den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse: dem kaiserlich österreichischen Oberst-Lieutenant Binder von Bindersfeld, Chef des Generalstabes des 7. Armeecorps; dem königlich bayerischen Obersten im General-Quartiermeister-Stabe General, Generalstabs-Chef beim General-Commando in Würzburg; — den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse: dem kaiserlich österreichischen Hauptmann im Genie-Corps de l'armée, Adjutant des Erzherzogs Leopold von Österreich kaiserliche Hoheit; dem königlich bayerischen Hauptmann vom 3. Infanterie-Regiment (Prinz Karl), Damboer, 1. Adjutant des General-Commandanten von Würzburg; dem kgl. bayerischen Ober-Lieutenant im 4. Chevaux-legers-Regiment (König), Ritter von Xylander, 2. Adjutant des General-Commandanten von Würzburg; dem Königlich württembergischen Hauptmann Freiherrn von Rüpplin, von der 1. reitenden Batterie, und dem Königlich württembergischen Ober-Lieutenant von Woeltern, Adjutanten der 3. Infanterie-Brigade.

Se. Majestät der König haben allernächst geruht, den seitherigen Polizeipräfidenten Wilhelm Lehreth Friedrich Maurach zu Königswberg zum Präfidenten der Regierung in Gumbinnen zu ernennen, so wie dem Geh. Regierungsrath und Director des statistischen Bureaus, Dr. Engel in Berlin, den Charakter als Geh. Ober-R.egierungsrath zu verleihen und den Kreisrichter Jacobson in Tapiau zum Stadtgerichtsrath in Königswberg in Preußen zu ernennen.

Der Rechtsanwalt und Notar Bucher zu Petershagen ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht in Bielefeld mit Anweisung seines Wohnsitzes dafelbst versetzt worden. (Staats-Anz.)

[Beschluß.] Die Kosten der Stellvertretung für die aus Staatsfonds besoldeten Beamten während ihrer durch die Annahme einer Wahl zum Hause der Abgeordneten herbeigeführten Verhinderung in Verrichtung ihrer Amtsgeschäfte werden fortan nicht mehr aus Staatsfonds bestritten, es sind vielmehr die Behörden von den Ressortministern anzusehen, von den zunächst fälligen Raten der Besoldung des vertretenen Beamten die erforderlichen Beträge zur Deckung der Vertretungskosten zurückzuhalten und zu verwenden.

Berlin, den 22. September 1863.

Königliches Staats-Ministerium.

v. Bismarck. v. Bodelschwingh. o. Roon. Graf v. Ipenplig.

v. Mühlener. Graf zur Lippe. v. Selchow. Graf zu Eulenburg.

[Se. M. der König der Belgier] wird, wie nun heut auch die „Kreuzztg.“ meint, auf seiner italienischen Reise in diesen Tagen in Baden-Baden eine Unterredung mit Sr. Maj. dem Könige Wilhelm haben.

[Der Ministerpräsident v. Bismarck] ist gestern Nachmittag aus Pommern hier wieder eingetroffen.

[Kriegsminister v. Roon.] Die Nachricht hiesiger Blätter, daß der Kriegsminister v. Roon bereits zurückgekehrt sei, ist nicht richtig.

[Das Staatsministerium] trat heute Vormittag 11 Uhr im Ministerium des Auswärtigen u. einer Sitzung zusammen.

[Militärisches.] Dem Vernehmen nach hatte die längst gemeldete Reise des Generalleutnants von Wasserschleben, in der Funktion des zweiten General-Inspecteurs der Festungen, nach Erfurt den Zweck, die Frage der Erhebung dieser befestigten Stadt zu einer Fortification ersten Ranges ihrer Entscheidung näher zu führen. In den Etagen pro 1864 und pro 1865 dürften die hiermit zusammenhängenden Ausgaben bereits bedeutende Posten bilden.

[Keine Vorlage über die Militärdienstpflicht.] Offiziöse Corresp. melden übereinstimmend: Durch einige Zeitungen geht das Gerücht, die Regierung habe davon Abstand genommen, dem nächsten Landtage eine Gesetzesvorlage über die Militärdienstpflicht zu machen. So viel man hier an unterrichteter Stelle weiß, ist ein bestimmter Beschluss über diesen Punkt allerdings augenblicklich noch nicht gefaßt; doch hält man es für ausgemacht, daß die Regierung im Großen und Ganzen zu der Militärfrage in der nächsten Session dieselbe Stellung einnehmen werde, wie in der vorigen, und daß sie daher auch nicht füglich von einer Vorlage absehen können, welche von allen Seiten als die Vorbedingung jeder möglichen Einigung in der Militärfrage betrachtet worden ist.

[Zu den Wahlen.] Wie die Minister des Innern und der geistlichen Angelegenheiten, so haben auch, der „Z. C.“ zufolge, die Minister des Handels und der Landwirtschaft bereits die schärfsten Weisungen in Betreff des Verhaltens aller Beamten ihres Ressorts ergehen lassen. Auch mehrten sich die Anzeichen aus den Provinzen, daß es diesmal nicht bei dem Rescript verbleiben soll, sondern daß wirklich gegen die Beamten, welche die Pflichten ihrer Stellung vergessen, sofort disziplinarisch eingeschritten wird.

[Die Wiederwahl.] Unter dieser Ueberschrift bringt heute die „Kreuzztg.“ einen Leitartikel, in welchem sie zu folgenden Schlüssen gelangt: „Die „Wiederwahl“ steht, wenn sie auch dem Buchstaben des Art. 75 entspricht, im Widerspruch mit dem Geiste der Verfassung. (?) Wir wollen indes damit keineswegs gesagt haben, daß nun jeder Wähler — selbst bei, trotz ruhiger Prüfung, unveränderter Ueberzeugung — auch sofort Männer der anderen Partei wählen sollte. (Sehr gütig von der „Kreuzztg.“ Wirklich — soviel Güte haben wir nicht verdient!) Wir respectiren die Parteiinteressen viel zu sehr, um von unseren Gegnern ihre völlige Hintertreibung zu fordern. Allein wir glauben, von diesen unsern Gegnern, wegen deren Abgeordneten die Auflösung erfolgt ist, verlangen zu dürfen, daß sie, wenn auch nicht Mitglieder der anderen Partei, so doch wenigstens andere Personen als die des aufgelösten Hauses wählen. Dadurch würde schon ein großer Schritt zur Verständigung gethan sein, weil es eine Thatache ist, daß bei der parlamentarischen Debatte nicht bloß die Prinzipien der Partei, sondern oft auch der Charakter, die Stimmung und die persönlichen Interessen der Vertreter der Partei von wesentlichem Einfluß, diese Eigenchaften aber bei den verschiedenen Vertretern einer derselben Partei sehr verschieden sind. Jedenfalls ist auch

die Regierung Sr. Majestät bei der letzten Auflösung des Ageordnetenhaus von diesem Gesichtspunkte geleitet worden, wenn sie, die Neuwahl auf Grund des bestehenden Wahlgesetzes (wir denken — das gebietet die Verfassung?) getreulich vornehmen lassen, aussprach, daß es an ihr nicht fehlen sollte, um zur Verständigung zu gelangen. Die von den Stimmführern der Fortschrittspartei commandirte „Wiederwahl“ würde nun aber gerade diese so schöne Intention vereiteln; der Conflict würde also dadurch nicht beseitigt, sondern ganz im Gegenteil auf die Spitze getrieben, die Sehne desselben über das Ertragen hinaus gespannt werden. Und — wie der Dichter sagt — allzu straff gespannt, zerpringt der Bogen.“ (Wenn's nach der „Kreuzz.“ gegangen wäre, so wäre der Bogen schon längst gesprungen, aber glücklicher Weise macht die „Kreuzz.“ die Geschichte nicht. Uebrigens kann sich die „Kreuzz.“ trösten; allem Anschein nach werden sehr viele „andere Personen“ gewählt werden müssen, weil viele von den früheren Abgeordneten ablehnen; freilich bezweifeln wir sehr, daß die „anderen Personen“ auch „andere Prinzipien“ mitbringen.)

[Dr. Johann Jacob] aus Königsberg hat ein „freudiges, unbedingtes Ja“ ausgesprochen, dahin gehend, daß er die Wahl im hiesigen zweiten Wahlbezirk annehmen wolle. In einem auswärtigen Wahlbezirk hat er die Wahl abgelehnt und sich zugleich über das „Unnütze, ja Nachtheilige ausgesprochen, welches die Doppelwahlen bei der gegenwärtigen Lage der Dinge haben würden.“ — So meldet die „Berliner Reform.“

[Zur dänischen Execution] schreibt, wie bereits telegraphisch gemeldet, die „Kreuzztg.“: Nach unseren Nachrichten aus Kopenhagen soll das französische Kabinett der dänischen Regierung den Rath ertheilt haben, die Execution des deutschen Bundes nicht als einen Kriegsfall zu betrachten.

[Zur münchener Zollconferenz.] Daß die Beschickung der münchener Zollconferenz von Seiten Hannovers einen Schluss auf Hannovers Geneigtheit, sich von dem Zollverbande mit Preußen loszusagen, noch nicht gestatte, ist bereits bemerkt worden. Wir können dasselbe bezüglich Kurhessens anführen. Auch in Kassel denkt Niemand daran, sich einem süddeutsch-österreichischen Bunde anzuschließen, und in München wird darauf auch gar nicht gerechnet. Wenn gleichwohl Kurhessen sowohl wie Hannover einen Bevollmächtigten nach München geschickt haben, so ist das lediglich aus politischer Connivenz für Österreich geschehen, mit der ausdrücklichen Verwahrung gegen Folgerungen zu Gunsten der jenseitigen Zollpolitik. Beide Regierungen haben ausdrücklich erklärt, sie müßten, bevor sie einen Entschluß fassen, die preußischen Vorschläge anhören. Uebrigens scheint selbst auf Sachsen's Beuthitung gerechnet zu werden. Herr v. Beust, der sich gegenwärtig in Wien aufhält, scheint bisher weder zugelagt noch abgelehnt zu haben.

[Stettin, 6. Oktober.] [Über die dem Herrn Minister-Präsidenten auf dem Bahnhof zu Belgard widerfahrenen Insulten] sind hier Gerüchte verbreitet, welche allem Anschein nach den Thatbestand erheblich übertreiben. Die „Östslin. Z.“ schreibt über die stattgehabten Vorfälle: „Schon bei der ersten Durchreise des Herrn Minister-Präsidenten soll derselbe in Belgard insultirt worden sein. Die deshalb angestaltete Untersuchung hat aber nur eine vereinfachte Neuerung festgestellt. Neuerdings fanden sich, wie man sagt, bei der letzten Durchreise auf dem Perron in Belgard wieder mehrere Catilinische Cristenzen ein, welche sich vor dem Coupee des Herrn v. Bismarck aufstellten und ihrem Unmuth in unlöblichen Reden Luft machten. Auf Verlangen des Herrn Minister-Präsidenten ist wiederum eine Untersuchung eingeleitet.“

[Danzig, 6. Okt. (Marine.)] Sr. Majestät Brigg „Rover“

Commandant Lieutenant z. S. Wachsen, ist gestern Nachmittag aus dem Hafen nach Plymouth abgesegelt.

[Magdeburg, 6. Okt. (Zu den Wahlen.)] Aus dem Wahlkreise Torgau-Liebenwerda schreibt man, daß die Wahl der bisherigen Abgeordneten Große und Stephan nicht bezweifelt werde. Aus dem Wahlkreise Bitterfeld-Delitzsch wird die Wiederwahl des bisherigen Abgeordneten Dr. Faucher in sichere Aussicht gestellt. — In Sangerhausen ist die Wiederwahl der Abgeordneten Kreisrichter Blochmann und Rittergutsbesitzer Süntgen gesichert. In einer zahlreich besuchten Urwählerversammlung, die vor acht Tagen dort stattfand, wurde mit allen gegen 3 Stimmen beschlossen, für die Wiederwahl der früheren Abgeordneten nach Kräften zu wirken.

[Crefeld, 5. Okt. (In den hiesigen Wahlgemeinden) geht man sicher und ruhig voran; v. Sybels Wahl ist gesichert.

[Mühlheim a. R. (Verbot der October-Feier.)] Wie wir gestern mitteilten, ist der Beschuß der Stadtverordneten zu Mühlheim am Rhein, sich zu Leipzig an der nationalen Feier des großen Gedächtnistages, des 18. Octobers, zu beteiligen, und das Fest durch zwei Mitglieder zu beschicken, von der Aufsichtsbehörde beanstandet worden. Die Verfügung lautet nach der „Rh. Z.“:

„Durch den mir heute mitgetheilten Beschuß der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung vom 1. October d. J., die Theilnahme der Stadt Mühlheim an dem leipziger Feste betreffend, wird die hiesige Stadt auch zur Mittrahung der Kosten dieses Festes verpflichtet.“

Da weder die Höhe der Kosten, noch die Zahl der die Kosten tragenden Teilnehmer bekannt ist, so hat die Stadtverordneten-Versammlung Verpflichtungen übernommen, deren Tragweite nicht übersehen werden kann. Es könnte daher der Fall eintreten, daß diese Verpflichtungen die finanziellen Kräfte der Stadt, wenn auch nicht übersteigen, so doch namhaft in Anspruch nähmen. (1)

Unter diesen Umständen liegt der Zweifel nahe, ob der vorgenannte Beschuß dem Gemeinde-Interesse entsprechend ist.

Aus diesen Gründen und mit Rücksicht auf den § 34 der Städte-Ordnung vom 15. Mai 1856, erhebt die Stadtverordneten-Versammlung nicht befugt, über den erwähnten Gegenstand zu beschließen, viel weniger aber der Stadt zu diesem Zwecke Verpflichtungen aufzuerlegen. Ich beauftrage Sie daher mit Bezugnahme auf den § 83 der Städte-Ordnung, die Ausführung dieses Beschlusses vorläufig zu beanstanden, der Stadtverordneten-Versammlung hierdurch Mittheilung zu machen und über den Gegenstand des Beschlusses sofort an die königliche Regierung zu berichten. Mühlheim a. d. R., 3. October 1863. Der königliche Landrat Graf Nesselrode. An den Hrn. Bürgermeister Blin.“

Deutschland.

[Frankfurt, 3. Okt. (Zur münchener Conferenz.)] Die „Süd. Z.“ schreibt: Dr. Mettenius ist gestern als Bevollmächtigter Frankfurts zur münchener Zollconferenz abgereist; der fast einstimmige Beschuß des gesetzgebenden Körpers ist vom Senat also in den Wind geschlagen worden. Bürgermeister Müller, der bisher ebenfalls für nach München bestimmt galt, wird Frankfurt in Berlin vertreten, da

der bisherige langjährige Bevollmächtigte Senator Fellner den Auftrag unter den gegenwärtigen Umständen abgelehnt hat.

[Mainz, 3. Okt. (Verbot.)] Der hiesige Arbeiterbildung-Berein hatte beschlossen, den 10. November, als Robert Blums Todestag, zu feiern, auch bereits etliche Vorbereitungen zu dem Zwecke getroffen. Durch das groß. Kreisamt ist die Ausführung des Vorhabens untersagt worden.

[München, 5. Okt. (Der König von Bayern)] ist nach Rom abgereist. Se. Majestät wird sich über Lyon nach Marseille begeben und sich dort nächsten Freitag für Rom einzischen.

[Hamburg, 5. Okt. (Zu den dänischen Rüstungen.)] Aus sicherer Quelle kann ich Ihnen mittheilen, daß die dänische Regierung einen Contract (mit Deutschen?) auf Lieferung von Steinkohlen für die Schiffe abzuschließen im Begriffe steht, welche die Elbe blockieren sollen. (B. 3.)

[Kiel, 5. Okt. (Zum 18. Oktober.)] Die Stadt Kiel wird die Städte-Versammlung in Leipzig durch zwei Deputierte beschicken und sich bei der Festfeier des 18. Oktober beteiligen. Es ist der Beschuß, dem Vernehmen nach, nicht ohne Widerstreben des Magistrats gefaßt worden, aber der nationale, deutsche Sinn der Bürgerschaft hat schließlich abgestellt. (B. 3.)

[Lemberg, 6. Oktober. (General Wysocki)] ist heute nach Linz abgeführt worden, wo er, gegen Ehrenwort, Linz nicht zu verlassen, auf freien Fuß gesetzt werden wird.

Italien.

[Turin. Küstenverteidigung.] Für Polen. — Anecdote.] Die Plätze, welche nach dem Gutachten der Küstenverteidigungs-Kommission stark befestigt werden sollen, sind folgende: Genua, La Spezia, Livorno, Ortebello, Gaeta, Neapel, Tarento, Brindisi und Ancona. Außerdem noch auf den Inseln Portoferajo, Cagliari, Messina und Syrakus. — Nach dem „Corriere dell' Emilia“ sollen die Befestigungsarbeiten von Bologna bedeutend verstärkt werden. Namenslich sollen an den Forts der ersten Linie bedeutende Veränderungen in Bezug auf die Aufstellung der Geschütze vorgenommen werden. Es wird eine Summe von 600,000 Frs. für diese Arbeiten verausgabt werden. — Der Provinzialvorstand der „Emilia“ hat 4060 Frs. für Polen bewilligt. — Ein Correspondent der „A. A. Z.“ erzählt folgende diplomatische Anecdote: Der französische Gesandte, Graf Sartiges, ist zuweilen grob; er gab erst kürzlich bei der mailändner Revue, der er gegen seinen Willen auf besondern Befehl des Kaisers betrieben mußte, dem Minister Peruzzi durch ein Spiel eine Probe von seinen Ansichten über die italienischen Verhältnisse. „Dies war die Revue der Kanonen, wann wird die Revue der Kassen sein?“ fragte er; „wir werden sie in Benedict vornehmen“, antwortete ihm Peruzzi.

[Rom, 30. Sept. (Franz II. und seine Anhänger.)] In den Abruzzen von Sora, in den waldigen Alpengegenden der Morena ist es bereits Winter, die bourbonische Reaction, die dort vor Ueberfällen wie vor der Strategie jedes disciplinierten Heeres von der Natur geschützt wird, steht am Ende eines neuen Feldzuges. Ist sie ihrem Ziele näher gekommen? Ich glaube nicht, aber sie bleibt im Neapolitanischen Pfahl im Fleische, ein zähes Hinderniß für die Entwicklung der neuen Ordnung, und die Emigration entwirft hier den Plan für die Wintercampagne. König Franz II. hofft, mit ihm die kränkelnde Königin, die Prinzen hoffen, der Augenblick eines allgemeinen Umsturzes der Dinge rückt immer näher, aber für all dies Hoffen haben sie doch keine andre Bürgschaft, als die Berichte ihrer Hofsleute, die es ohne Ausnahme mit der Wahrheit nicht so genau nehmen. Von ihnen muß Franz II. noch immer hören, daß alles, was seit 4 Jahren jenseits des Garigliano, überhaupt diesseits und jenseits des Faro geschehen, Machinationen einiger Privatleute, Illuminaten, Carbonari und Freimaurer gewesen! Kein Wunder; denn in den Kreisen, welche hier der Clerus beherrscht, sieht man auch heute noch kein Werk der Geschichte, kein Drama, dessen Beginn zwar nicht frei war von blinder Leidenschaft, aber dessen Ende erst vor den Richterstuhl der stiftlichen Zurechnung gestellt werden darf. (B. 3.)

[Paris, 5. Okt. (Tagesbericht.)] Der Kaiser hat sich in Biarritz auf der Reine Hortense nach Bordeaux eingeschifft. Er hält sich in Rochefort auf und trifft morgen in Paris ein. — Der erste Ministerrath nach der Rückkehr des Kaisers findet am Mittwoch in den Tuilerien statt. Es heißt, Graf Walewski werde zu demselben hinzugezogen, was die Spannung auf das Resultat dieser Sitzung noch erhöht. Auch die Gräfin Walewski soll ihren Einfluß geltend machen, damit die Ernennung ihres Gatten nach London so bald wie möglich unter den von ihm gestellten Bedingungen erfolge. — Es heißt, der Präsident von Hayti, General Geffrard, habe Frankreich das Protectorat über die Republik angeboten. — Wie die „France“ wissen will, haben Frankreich, England, Österreich, Spanien, die Türkei, Belgien, Baiern, Sachsen, Hannover, Württemberg, die Niederlande, Schweden und Dänemark bereits „ihre Absicht“ und gethan, das neue mexicanische Kaiserreich anzuerkennen. Die hier nicht namentlich angeführten Staaten haben wenigstens keinen Widerspruch erhoben. — Vergangenen Donnerstag sind hier zwei am Telegraphen-Amte angestellte Personen verhaftet worden, in denen man Agenten Mazzini's und des polnischen Comite's erkannt haben will. Wie es heißt, sind compromittirende Papiere bei ihnen vorgefunden worden.

[Calais, 5. Okt. (Der König Georg der Hellenen)] hat sich heute hier eingeschifft, um sich über Dover nach London und Balmoral zu begeben.

Spanien.

[Madrid, 1. Okt. (Tagesbericht.)] Nach der „Correspondencia“ hat der Seemariner Befehl zur sofortigen Heimkehr des im stillen Ocean stationirenden Geschwaders ertheilt. — Nachrichten aus den Provinzen folgen, gehorchen die Progressisten überall der Vorschrift ihres Centralausschusses und enthalten sich der Wahlen. — Man schreibt aus Melilla vom 18. Septbr., daß seit der letzten Afaire die Mauren jedesmal, wenn ein Schiff in Sicht kommt, auf die um die Rhede von Melilla liegenden Anhöhen strömen. Wenn Truppen an's Land gesetzt werden, rufen sie: Christen-Hunde! Wenn sie dann sehen, daß man ihnen ihre Gefangenen nicht zurückgibt, und daß die Spanier nicht aus der Festung herauskommen, ziehen sie sich

